

Die 'Freiheit' erscheint morgens um nachmittags, Sonntags und Montags aus... Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Verkauf...

Die schlagfertige Komparsenliste über deren Namen kostet 5.- M. einschließlich... Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230-15239

# Die Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### London vor der französischen Kammer

Paris, 15. März.  
In der heutigen Kammeritzung wurde trotz des Antrages des Ministerpräsidenten Briand und des Finanzministers Doumer, an erster Stelle einige eilige kleinere Gelegenheitswörter zu erledigen, sofort in die Besprechung der vorliegenden Interpellation über die Ergebnisse der Londoner Konferenz eingetreten.

Als erster Interpellant sprach Abg. Hennessy, der eine Reihe von Fragen stellte. In welcher Situation, so fragte er, befinden wir uns? Was wollen wir morgen tun? Sind wir durch das Abkommen von Paris gebunden oder wollen wir uns wieder an den Vertrag von Versailles halten? Sind die Sanktionen augenblickliche Zwangsmittel oder dauernde Pfänder, die uns eine Garantie dafür geben sollen, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt? Der Abgeordnete bemängelte die 50prozentige Abgabe vom Verkaufswert der deutschen Lieferungen an alliierte Länder. Selbst in England habe die Regierung sich das Recht vorbehalten, die Grundlage dieser Steuer abzuändern. Es sei nicht sicher, ob Italien, Belgien und Japan die gleiche Maßnahme einführen. Auf alle Fälle aber wüßten diese Länder nach ihrem Gurdanken vorzugehen. Das sei ein unsicherer Zustand. Anstatt, daß Deutschland Anstrengungen mache, um den Alliierten zu liefern, werde es seinen Handel nach Rußland leiten. In längeren Ausführungen, in denen er Vergleiche zog zwischen der Art, wie 1871 die Kriegskosten bezahlt wurden, und der Art, in der Deutschland heute seine Verpflichtungen erfüllen kann, sprach der Abgeordnete davon, daß Deutschland in Rohstoffen und durch seine Arbeit zahlen könne.

Ministerpräsident Briand erklärte, in London habe Reichsminister Simons einen derartigen Vorschlag gemacht, aber nur sehr unbestimmt. Wenn die französische Regierung ihn angehört hätte, so hätte sich daran eine Verhandlung geknüpft, die vielleicht jetzt noch nicht beendet sein würde.

Abgeordneter Hennessy legte: Das mag wahr sein. Aber wir und die Alliierten könnten doch Wünsche über die Bezahlungsart formulieren.

Abgeordneter Crepel, unterstützt von drei anderen Abgeordneten aus den Norddepartements, warf dazwischen, in den verwalteten Gebieten sei alle Welt der Verwendung deutscher Arbeiter feindselig gesinnt. Die Zustimmung zu dieser Maßnahme komme nur von der äußersten Linken.

Hennessys weitere Ausführungen wurden oft unterbrochen; er konnte sich nur mühsam Gehör verschaffen. Zum Schluß sagte er: Wenn die Alliierten die Zahlungen in Natura ablehnen, dann wird der französische Schatz darunter leiden. Der Rotenlauf wird sich vermehren, das Papiergeld wird entwertet. Deutschland kann sein Geld dazu verwenden, seine Industrie zu entwickeln, Frankreich aber muß es nur für seinen Wiederaufbau verwenden. Nach dem Abgeordneten Hennessy erklärt der kommunistische Abgeordnete Marcel Cachin zur Begründung seiner Interpellation das Wort. Er verlas eine Erklärung im Namen seiner Gruppe, wurde aber lebhaft unterbrochen. Er protestierte gegen die Beibehaltung französischer Streitkräfte in Cilicien und Syrien und erwähnte die Intervention Poincarés zugunsten der Araber. Das sei wenigstens eine Geste gewesen, die Poincaré ehre.

Kammerpräsident Beret protestierte, indem er sagte, die Kammer habe einstimmig einen Gelegenheitswort angenommen, in dem zum Ausdruck komme, daß Poincaré sich um das Vaterland verdient gemacht habe. (Lebhafte Beifall.) Abgeordneter Cachin sagte weiter, wenn Deutschland nicht entwaffnet sei, so liege die Schuld der herrschenden Klassen in Deutschland und Frankreich. (Großer Lärm, die Abgeordneten der Rechten und der Mitte besetzten die Ausführungen des Redners mit ironischem Lachen.) Die Worte des Abgeordneten bleiben unverändert. Schließlich sagte er, er wolle sich, der Regierung in ihren militärischen Unternehmungen zu folgen.

Nach dem Abgeordneten Cachin ergriff Abgeordneter Dutreil von der Partei Krato das Wort. In Paris und London habe man viel von Reparationen, aber weniger von der Entwaffnung Deutschlands gesprochen. Das sei aber der Hauptpunkt; denn der Wille zum Frieden herrsche beim deutschen Volke noch bei den Regierenden in Deutschland. (1) Deshalb müsse die Tätigkeit der internationalen Kontrollkommission verlängert werden. In zahlreichen Beispielen suchte Dutreil zu beweisen, daß Deutschland den Friedensvertrag verleihe. Er verlangte deshalb eine Abänderung des Vertrages von Versailles, die umso notwendiger wäre, als die im Vertrag vorgesehenen englische und amerikanische Zusammenarbeit nicht bestünde.

Der sozialistische Abgeordnete Turiol erklärte alsdann, der Grundsatz der Reparationen, wie er in den Vertrag aufgenommen sei, sei gerecht und möglich. Gewisse Elemente in Deutschland erkennen das an. Aber sobald dieser Grundsatz in die Tat umgesetzt werde, entstünden Schwierigkeiten. Was fehlt?

Die internationale finanzielle Solidarität.

Gewiß seien die deutschen Vorschläge in London lächerlich (1) gewesen, aber auf der Seite der Alliierten hätte man vor dem Dilemma gestanden, entweder einen Rabatt zu gewähren oder zu Zwangsmassnahmen zu schreiten. Man könne der Regierung nicht zum Vorwurf machen, daß sie offizielle Besprechungen nicht zum Vorwurf mache, um den Bruch zu vermeiden. Man müsse unternehmen hätte, um den Bruch zu vermeiden. Man müsse aber verlangen, daß man die Berichte der Sachverständigen kennen lerne, um sich ein Urteil bilden zu können. Er begreife, warum Deutschland das Ergebnis der Volksabstimmung in Ober-Schlesien ablehnen wolle. Wenn es sich beuge, lehre man wieder zum Abkommen von Paris zurück.

Der Abg. Borjeot rief dazwischen: Keineswegs! Die Abkommen besteht nicht mehr. So liegt die ganze Frage. Ministerpräsident Briand: Ich werde in meiner Rede darauf zurückkommen.

Abg. Turiol fuhr fort: Auf alle Fälle bekennt der bewaffnete Friede mit den Gewaltreichen angesichts der Paßhalten wieder. Düsseldorf ist ein Ausgangspunkt. Wo ist das Ende, etwa im Ruhrgebiet? Wenn Sie die Zwangsmassnahmen nicht als Einschüchterungsmittel betrachten, sondern als Mittel, um Zahlung zu erlangen, was wird ihr Ergebnis sein? Wie wird die Abgabe von den deutschen Lieferungen verteilt werden? Soll jeder Staat die Steuer behalten, die er einliefert, oder sollen die Beträge der Reparationsklasse überwiesen werden, um nach der bekannten Skala verteilt zu werden?

Ministerpräsident Briand rief dazwischen, er werde im Einzelnen darauf noch antworten.

Abg. Turiol sagte weiter, das englische Gesetz über diese Maßnahme sei einfach zum Schutz des englischen Handels bestimmt, damit deutsche Erzeugnisse nicht nach England kommen könnten. Wenn eine Zolllinie am Rhein entlang aufgeführt werde, dann würden die Rohmaterialien und Fertigprodukte doppelt mit Zöllen belegt. Wenn man die Rheinlande schone, dann werde man nur schwache Ergebnisse erzielen, die nichts einbrächten. Man werde aber Berlin eine Handhabe geben, um mit Streitigkeiten gegen die Verbündeten zu protestieren. Und wer solle schließlich die Kosten für das Besatzungsheer und für die Zollbeamten bezahlen? Würde nicht von den 150 Millionen Goldmark, die die deutschen Zolleinnahmen brutto einbringen sollen, viel durch die Kosten verloren werden? Schon schäme man die Besatzungskosten seit dem Waffenstillstand auf 4 1/2 Milliarden Papiermark. Sie hätten einen großen Teil der deutschen Zahlungen absorbiert. Der sozialistische Redner fragte deshalb, ob man nicht anderwärts die 30 Milliarden für den Wiederaufbau und die Pensionen finden könne. England und Amerika hätten nicht das gleiche Bedürfnis wie Frankreich, ihre schwebenden Schulden zu verringern. Man habe in dem Reparationsproblem nicht nur ein finanzielles Moment, sondern auch ein wirtschaftliches zu suchen. Einzelne Sachverständige sagten, Deutschland könne zahlen, andere sagten: nein. Die verschiedenenartigen Ziffern würden genannt. Wenn Frankreich sich in Fertigprodukten bezahlen lasse, dann werde es seinen Handel ruinieren und die deutsche Konkurrenz stärken. Wie käme man zu einer praktischen Lösung? Das, was Abg. Hennessy vorschläge, die Zahlungen in Natura und in Arbeitsleistung, werde die Arbeitslosigkeit verschärfen und kein Geld einbringen für die Zahlung der Pensionen. Man müsse

#### ein internationales Wiederaufbaugesamt

machen, an dem die Geschädigten, die Unternehmer und die Arbeiter beteiligt seien. Das Betriebskapital für dieses Unternehmen müsse durch eine internationale Anleihe unter Mitarbeit von Amerika aufgebracht werden. Dann könne Deutschland nicht mehr über keine Zahlungsunfähigkeit klagen. Ein derartiges Unternehmen sei schwer in die Tat umzusetzen, aber es sei möglich, in Anbetracht des wichtigen Wiederaufbauplanes.

Nach dem Abg. Turiol sprach der Abg. Duranton von der radikal-sozialistischen Partei, der über die Kompromissverhandlungen Aufklärung wünschte.

Nach seiner Rede wurde die Debatte vertagt.

### Die belgische Partei und die Londoner Beschlüsse

#### Die Verweigerung der zweiten Internationale

Brüssel, 15. März.

Nach lebhafter Debatte billigte der Generalkonvent der sozialistischen Partei mit klarer Mehrheit die Haltung der belgischen Delegierten bei der Londoner Konferenz.

Dieser Beschluß kommt nach dem Vorhergegangenen nicht mehr überraschend. Die belgische sozialistische Partei stellt sich, unter dem verderblichen Einfluß des Ministerialismus und der Koalitionspolitik, auf die Seite der imperialistischen und nationalstaatlichen Politik gegen das gemeinsame Klasseninteresse des gesamten west- und mitteleuropäischen Proletariats. Im Gegensatz zu der englischen und französischen Arbeiterbewegung, der politischen, sowohl als der gewerkschaftlichen, macht die belgische Partei gemeinsame Sache mit den schlimmsten Feinden in der gefährlichsten Situation. Zwar besteht in der Partei eine Opposition gegen diese Preisgabe aller sozialistischen Grundsätze, aber sie ist in einer schwachen Minderheit geblieben.

Interessant wird nun sein, was die sogenannte 2. Internationale und die ihr angeschlossenen Parteien, namentlich was die englische Arbeiterpartei, die bisher die Hoffnung aufrecht erhalten hatte, aus dieser Organisation ein Instrument proletarischer Politik machen zu können, jetzt tun werden. Schweigen sie, so verkünden die Tatsachen selbst den völligen Bankrott einer Internationale, deren Parteien dem Nationalismus und Reformismus verfallen sind und zugleich die Täuschung anstreckerhalten wollen, internationale Klassenpolitik treiben zu können. Wollen sie aber reden, dann können sie nur das Geständnis ablegen, daß internationale proletarische Kampfpolitik nur möglich ist den Parteien, die an der sozialistischen Grundfragen unerschütterlich festhalten und auf der Wiener Konferenz die allein möglichen Richtlinien für eine aktionsfähige sozialistische Internationale aufgestellt haben.

### Die deutsche Friedensfabrikation

Von G. Schöbwind, Interlaken

II.

Am 7. September 1917 wurde mir in meiner Wohnung in Bern ein Besucher gemeldet, dessen Karte den Namen einer bekannten englischen Adelsfamilie trug. Der Herr war mir bis dahin nicht persönlich bekannt. Er überreichte mir zunächst ein Schreiben von einem langjährigen intimen Freunde, Mitglied des Parlaments und Staatsbeamter unter einer früheren Administration. Mein Freund empfahl mir Herrn D. aufs wärmste, teilte mir mit, daß derselbe seine politischen Ansichten durchaus teile, ganz besonders im vorliegenden Falle und gab schließlich die Gründe an, welche ihn, wenigstens vorläufig, verhinderten selbst handeind aufzutreten, Gründe, welche mir vollkommen einleuchteten.

Herr D. setzte zunächst auseinander, weshalb die alliierten Regierungen nicht auf Friedensangebote, von welcher Seite sie auch kommen möchten, im gegenwärtigen Stadium des Krieges einzugehen in der Lage wären. Jedoch sei nicht ausgeschlossen, daß die englische Regierung ihrerseits unter gewissen Voraussetzungen einen Friedensfühler ausstrecken würde. Er richtete dann die Frage an mich, ob ich die Versicherung abgeben wolle, während der Dauer des Krieges Niemandem mitzuteilen, welche Motive die englische Regierung bei dem Versuche, einen baldigen Friedensschluß herbeizuführen, leiteten. Ich gab diese Versicherung ab.

Kurz gefaßt, waren die Beweggründe und Ansichten von Downing Street damals die folgenden:

a) Der Krieg könne noch lange dauern und würde in diesem Falle auch die alliierten Staaten, deren Sieg im übrigen zweifellos sei, finanziell und wirtschaftlich auf schwerste schädigen.

b) Die Vereinigten Staaten würden die Rolle des lachenden Dritten, namentlich zum Schaden des englischen Handels, übernehmen.

c) Die russische Republik würde vermutlich nur eine Episode bleiben, eine reaktionäre Bewegung unter dem Schutze der noch immer sehr einflussreichen Geistlichkeit den Thron wieder auf den Thron bringen. In diesem Falle sei für später ein Anschluß Rußlands an die Zentralmächte zu befürchten, da einerseits die russische Regierung den durch die Allianz mit Frankreich gemachten Fehler nicht wiederholen, sondern einsehen würde, daß nur ein Zusammenhalten der autokratisch regierten Länder der Weiterexistenz der Dynastien verbürgen könne, andererseits weil mit Erledigung der elsaß-lothringischen Frage der Hauptgrund des Bündnisses mit Frankreich dahingefallen sein würde. Eine derartige Annäherung sei natürlich den vitalsten Interessen Englands entgegengesetzt.

d) Man glaube in englischen Regierungskreisen, daß Deutschlands Staatsmänner und Militärs Einsicht genug befäßen, um zu erkennen, daß an einen Siegfrieden für Deutschland und seine Verbündeten nicht mehr zu denken sei und daß dieses seinen Plänen, England auf dem Gebiete der Seerüstung Konkurrenz zu machen, endgültig entsagen und die elsaß-lothringische Frage in einer zwar in erster Linie für Frankreich, im Grunde aber auch für Deutschland, welches kolonial entschieden werden würde, vorteilhaften Weise lösen müsse. Herr D. übergab mir alsdann ein Schriftstück, welches nicht mit Orts- und Datumsangabe versehen war und keine Unterschrift trug. In 14 Artikeln waren die Bedingungen, unter denen die englische Regierung in Friedensverhandlungen einzutreten bereit war, aufgestellt. Hier seien nur die wichtigsten erwähnt, welche Deutschland direkt betreffen:

1. Endgültiger Verzicht Deutschlands auf den Versuch, die naval supremacy (Vorherrschaft auf dem Meere) an sich zu reißen, Marine-Abkommen, wie solches von Saldaña J. vorgeschlagen wurde.

2. Die in Belgien verursachten Kriegskosten und Kriegsschäden übernimmt Deutschland allein.

3. Die in Frankreich verursachten Kriegsschäden trägt Deutschland.

4. Im übrigen trägt jedes Land seine eigenen Kriegskosten.

5. Elsaß-Lothringen erhält die Autonomie. Nach 5 Jahren findet eine Volksabstimmung statt, an welcher sich alle im Lande geborenen, von elsaß-lothringischen Eltern stammenden Personen, beiderlei Geschlechts, über 20 Jahre alt, beteiligen dürfen. Im Falle sich das Plebisit für Anschluß an Frankreich entscheidet, wird Deutschland von letzterem auf kolonialem Gebiet entschädigt.

6. Handelsverträge unter den bisher kriegführenden Staaten nach dem Prinzip der Meistbegünstigung.

7. Völkerverbund unter den bisher kriegführenden Staaten, zu dessen Beitritt die neutralen Staaten aufgefordert werden. Reduzierung der stehenden Heere auf ein halbes Prozent der Bevölkerung.

8. Obligatorisches Schiedsgericht. Zum Völkerverbund gehörende Staaten, welche sich dem Spruche des Schiedsgerichts nicht fügen, werden sofort mit Abbruch aller Beziehungen, sowohl der diplomatischen als der wirtschaftlichen, bestraft.

Dieses die wesentlichen Bedingungen in gedrängter Kürze. Den weiteren Verlauf stellte man sich folgendermaßen vor: Ich sollte dieses Schriftstück dem Reichsfanzler persönlich vor-

legen, mit dem Hinzufügen, daß mir dasselbe von einer Privatperson — deren Namen ich übrigens nennen dürfte — mit der Versicherung übergeben worden sei, dasselbe enthalte die conditions sine qua (unerlässlichen Bedingungen) der englischen Regierung. Drei Möglichkeiten seien alsdann vorhanden: 1. Glatte Ablehnung. 2. Annahme einzelner, Ablehnung anderer, wesentlicher Bestimmungen, das würde Ablehnung des Ganzen bedeuten. 3. Annahme im Prinzip, aber Zweifel, ob das von mir vorgelegte Schriftstück tatsächlich eine Aeußerung der Regierung enthalte. In diesem Falle sollte dem Reichskanzler vorzuschlagen, daß ein Delegierter der deutschen Regierung mit einem solchen der englischen zusammentreffen sollte, eventuell in Gegenwart des Bundespräsidenten der Eidgenossenschaft.

Man war sich in Downing Street vollkommen darüber klar, daß die deutsche Regierung im Falle der Ablehnung versuchen würde, aus dem Angebot politisches Kapital zu schlagen. Gesah das, so hätte die englische Regierung den Schritt desavouiert. Daher war den beteiligten Herren unterlag, irgend etwas Schriftliches, das die Regierung kompromittieren könnte, zu geben. Ich lehnte die Mission ab und motivierte meine Ablehnung. Meine Gründe wurden von D. gewürdigt. Jedoch schlug ich vor, den kaiserlichen Gesandten in Bern, Herrn v. Rohrbach, zu informieren, den ich persönlich kannte und mit dem ich kurz vorher in einer anderen Angelegenheit in Berlin gewesen war. D. war hierzu nicht bevollmächtigt, es wurde also in England bei unserm gemeinschaftlichen Freunde dieserhalb angefragt. Die zustimmende Antwort traf am 17. September ein, worauf ich mich sofort mit dem Gesandten in Verbindung setzte. Das Exposé wurde dem Gesandtschaftssekretär Lerch von mir diktiert, dieser Herr war beim Konsulat in Singapur angestellt gewesen und beherrschte die englische Sprache vollkommen.

Eine Antwort wurde dem Verfasser dieses Artikels nicht zuteil. Man hatte sich eben englischerseits geirrt, es gab noch eine vierte Möglichkeit: den Friedensführer zu ignorieren. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 7. November 1919 ist diese Angelegenheit unter Hinweglassung aller Persönlichkeiten behandelt worden. Der betz. Artikel wurde dem Untersuchungsausschuß des deutschen Reichstags zugefandt und von diesem in einem vom 20. Dezember 1919 datierten Schreiben bestätigt. Hierauf beschränkte sich die Tätigkeit dieses Ausschusses, über den man wohl zur Tagesordnung übergehen kann.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß von beteiligter Seite der obige, einfache, den Tatsachen aufs Genaueste entsprechende und sich aller Kommentare enthaltende Bericht entweder mit Stillschweigen übergangen oder kurzweg als Erfindung bezeichnet werden wird. Eine beliebige und sehr einfache Methode. Der Verfasser gibt sich aber der Hoffnung hin, daß, nachdem die gegenwärtige Regierung abgewirtschaftet hat, ein Untersuchungsausschuß ins Leben tritt, der diesen Namen verdient. Dann wird dieser und mit ihm das deutsche Volk sein großes „Schuldig“ sprechen über diejenigen, die im Jahre 1917 die wahrscheinlich letzte Möglichkeit zu einem erträglichen Frieden zu gelangen, verabsäumten und daher eine Schuld auf sich luden, die in der Geschichte der Völker ohnegleichen dasteht.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands gegen den Ueberfall auf Georgien. Das Rigauer Komitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands erläßt einen scharfen Protest gegen die Wollamer Sowjet-Regierung wegen des Ueberfalls der russischen Truppen auf Georgien. U. a. heißt es in der Rundgebung: „... unter tiefster Entrüstung, unser entschiedenster Protest gegen die in der Geschichte des proletarischen Kampfes unerhörte Niedertracht“ der Moskauer Sowjet-Regierung, die „unter der Fahne des Kommunismus die elementarsten Rechte eines Volkes mit Füßen tritt“.

Walter Stoecker aus der Tschechoslowakei ausgewiesen. Der Vorsitzende der deutschen kommunistischen Partei, Walter Stoecker, der im Auftrage seiner Partei an dem Gründungsparlament der tschechoslowakischen Kommunisten teilnahm, wurde aus dem Gebiet der tschechoslowakischen Republik ausgewiesen.

Sonderprüfung des amerikanischen Kongresses. Senator Lodge kündigt an, daß Präsident Harding die Sonderprüfung des Kongresses für den 11. April angelegt hat.

## Talaat Pascha, die Armeniergreuel, und der „Vorwärts“

Der „Vorwärts“ bleibt seinem Beruf treu, Scheinbar über den Dingen schwebend, der Reaktion Handlangerdienste zu leisten. Zu der Ermordung Talaat Paschas läßt er Erwin Barth an leitender Stelle folgendes schreiben:

„Man hat Talaat Pascha persönlich für die Armeniergreuel verantwortlich gemacht. Es wäre richtiger gewesen und gerechter, in diesem Falle die Persönlichkeit des Ermordeten nicht mit seinem Amt als Großwesir zu verwechseln. Nur wenn man berücksichtigt, daß Talaat als der Leiter des türkischen Staates unter den besonderen politischen Kriegsverhältnissen seiner Zeit zu politischen Maßnahmen gegen die Armenier gelangt ist, die dann allerdings in übertriebener Schärfe angeordnet und unter der Kriegsspionage mit verurteilenswerter Grausamkeit von ausführenden Provinzorganen durchgeführt worden sind, nur wenn man berücksichtigt, daß im Zustande des fortwährenden Friedens es nach der Kenntnis der türkischen Verhältnisse der letzten Jahre und der Persönlichkeit Talaats zu keinerlei Zwangsmahnahmen ähnlicher Art hätte kommen können, vermag man in diesen Dingen richtig zu urteilen.“

Diese Aeußerungen sind nichts anderes, als ein Plädoyer für den Armeniermörder Talaat, zugleich aber auch ein interessantes Symptom dafür, daß die „Vorwärts“-Leute nach wie vor, genau wie im Kriege und während der glorreichen Kasse-Periode jede Scheulosigkeit zu bedenken versuchen, wenn sie ihnen von „Staatsnotwendigkeiten“ diktiert erscheint. Talaat Pascha als Person ist ein Unschuldsstamm, denn er war zu seinen mörderischen Maßnahmen gegen die Armenier in seiner Eigenschaft als Großwesir, unter den besonderen politischen Kriegsverhältnissen seiner Zeit“ gelangt, wobei noch diese Maßnahmen von den ausführbaren Organen in „übertriebener Schärfe“ angewandt wurden! Ferner weiß Herr Barth ganz genau, daß unter freiblichen Verhältnissen Talaat Pascha ähnliche „Zwangsmahnahmen“ nicht getroffen hätte. Es genügt, dieser Stimmungsmache gegenüber anzuführen, was Herr Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ über Talaat Pascha schreibt:

„Ein Schuldgefühl, ein Empfinden für die Schrecklichkeit des in Armenien Verübten, dürfte nicht auf ihm gelastet haben, und man konnte auch annehmen, daß er an dieser Ausstillung eines Volkes weniger beteiligt gewesen sei als die heutzutageige Verwaltung Cavers und anderer Leute des Komitees. Die im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amt von Johannes Lepsius herausgegebenen diplomatischen Aktenstücke lassen aber deutlich erkennen, daß er nicht nur die Rolle des Pontius Pilatus spielte, nicht nur die deutschen Botschafter, die gegen die abentheuerliche Würgerel protestierten, mit Ausflüchten und beruhigenden Versicherungen hingehalten, sondern auch geradezu — gegenüber dem Botschaftsmitglied Dr. Nordmann — die Absicht, „mit den inneren Feinden gründlich aufzuräumen“, und den Weltkrieg dafür zu benutzen, ausgesprochen hat. Er war ein Vorkämpfer, der die politische Einheit durch die Ausstillung Fremdgäubiger und Fremdräuber sichern wollte, ganz wie der spanische Philipp II. und wie mancher andere Nichtsozialist neuerer Zeit. Er hätte gewiß die milderen Mittel vorgezogen, aber er dübbete, daß erdrohelt wurde, da es mit dem Streichen nicht ging.“

So steht nach der Darstellung eines bürgerlichen Vorkämpfers der Mann in Wirklichkeit aus, den der mild-verzeihende „Vorwärts“, aus seiner bürgerlichen Stimmung heraus, mit einem Glorienschein umgibt. Aus anderen Motiven heraus kommt hier das rechtssozialistische Zentralorgan zu demselben Standpunkt, den die Sinowjew und Paul Lewi gegenüber Enver Pascha einnehmen. Es ist dieselbe grundloslose, jeder sozialistischen Ethik widersprechende Konjunkturpolitik. Höchstens daß Enver Pascha nach blutiger, noch schmutziger ist als Talaat. Das Verabschweigen der Verbrechen als bei den kommunistischen Gewalttätern die schamlose Verleugnung jedes sittlichen Empfindens, des Gedankens der Humanität und damit jeder wirklich sozialistischen Ethik. Sie gräßen sich nicht unter den Linden, die Roste und Lewi, aber in der Entschuldigung der Billigung der Schlächterei finden sie sich.

## Die religiöse Erziehung der Kinder

Der Rechtsanspruch des Reichstages beriet am Dienstag über die Schaffung eines Gesetzes betr. religiöse Kindererziehung. Der augenblickliche Rechtszustand ist unerträglich. In Deutschland bestehen in dieser Frage 30 verschiedene

Rechtsgebiete, je nach dem ständigen Wohnort der Eltern des Kindes. Allein in Frankfurt a. M. gelten vier verschiedene Gesetze. In Preußen ist noch immer die Deklaration vom 21. 11. 1803 gültig, die teilweise durch die noch geltende „königliche“ Verordnung vom Jahre 1825 verändert ist. Nach der Revolution hat nur Sachsen in die Frage der religiösen Kindererziehung gesetzlich eingegriffen. In Preußen hat in erster Linie der Vater über die Konfession des Kindes zu bestimmen. Solange die Ehe besteht, ist die Einigung der Eltern maßgebend. Wenn ein Teil stirbt, gelten aber nicht Vereinbarungen, die die Eltern vorher getroffen haben. Wenn der Vater zu einer Zeit stirbt, in der die Kinder noch schulpflichtig sind, müssen die Kinder in der Konfession des Vaters erzogen werden. Selbst wenn ein Kind Jahre hindurch im Sinne der Mutter religiös erzogen wurde, kann das Vormundschaftsgericht nach dem Tode des Vaters anordnen, daß das Kind in der Religion des Vaters erzogen wird. Das sind unhaltbare Zustände.

Das Zentrum beantragte, daß in Zukunft für das ganze Reich einheitlich bestimmt werden soll, daß das religiöse Bekenntnis des Kindes von dem Elternteil bestimmt werden kann, der die Sorge für die Person des Kindes hat. Abg. Marx (Zentrum) begründet den Antrag des Zentrums. Abg. Kahl (D. Sp.) trat ebenfalls für reichsrechtliche Regelung ein. Das Uebergewicht des Mannes lasse sich nicht mehr aufrechterhalten. Gerade in der Frage der religiösen Erziehung müsse den Frauen mehr Einfluß als bisher eingeräumt werden. Nach dem Tode eines Ehegatten müsse der andere in der Bestimmung der Religion des Kindes frei sein. Abg. Barth (Dnall.): Auch ich bin für die Vertragsfreiheit der Ehegatten. Sachsen hat mit der Einführung dieses Prinzips keine schlechten Erfahrungen gemacht.

Dr. Kaddusch (Sor.) und Dr. Rosenfeld (U. S. P.) treten beide für die reichsrechtliche Regelung ein. Sie fordern übereinstimmend, daß die Freiheit der Bestimmung der religiösen Kindererziehung auch ausgedehnt werden müsse auf die Erziehung in einer bestimmten Weltanschauung. Dr. Rosenfeld begrüßte es, daß auch bei den Rechtsparteien der Gedanke durchbricht, die Mütter den Vätern gleichzustellen. Ein Fortschritt, der nur der Revolution zu verdanken ist.

Der Ausschuß beschloß, in der nächsten Sitzung in die Spezialdebatte einzutreten.

## Aufhebung der Staatskontrolle über die englischen Bergwerke

London, 16. März. Das neue Gesetz über die Aufhebung der englischen Staatskontrolle über die Bergwerke, wurde gestern in dritter Lesung angenommen. Die Mitglieder der Arbeiterpartei protestierten heftig dagegen und ihr Führer weisagte für die nächste Zeit schwere Unruhen. Die Staatskontrolle wird am 31. März enden.

## England hält sein Wort

London, 15. März. Wie wir dem nunmehr vorliegenden ausführlichen Bericht entnehmen, kam der englische Schachtkonzern Chamberlain in der gestrigen Sitzung des Unterhauses darauf zu sprechen, daß vor einiger Zeit die britische Regierung ihre Absicht kundgab, von ihrem Rechte nach Paragraph 18, Anhang zwei des Friedensvertrages, betreffend die Beschlagnahme des Eigentums deutscher Untertanen in England und den Dominions keinen Gebrauch zu machen. Er sagte, dieses Versprechen werde von der vorliegenden Bill nicht berührt. Wenn England ein Versprechen gebe, so halte es dieses Versprechen, und es sei keine Rede von der Beschlagnahme solchen Eigentums, im besonderen bestehe nichts, was in irgendeiner Hinsicht die Freiheit deutscher Untertanen, mit ihren Beständen, die sich in britischen Händen befinden, zu operieren, beeinträchtigen könnte.

## Das Dumpinggesetz bleibt ebenfalls

London, 15. März. Im Unterhaus leitete Lloyd George heute mit, daß die „Deutsche Reparationsbill“ in seiner Weise die in Aussicht gestellte Gesetzgebung, betreffend Dumping, tiefen Balutahand und Schlüsselinstruktionen, in Mitleidenschaft ziehen werde.

Paris-Berlin-Warschau. Die Pariser Nordbahn hat am Dienstag, 5.30 Uhr nachmittags, zum ersten Male seit dem 30. Juli 1914 den Schnellzug Paris-Berlin-Warschau in Betrieb gesetzt.

## Die rassenbiologischen Wirkungen des Krieges

Von Prof. Dr. Emil Ueberbach

Während Krankheiten und insbesondere Seuchen aller Art, wenn sie keinen zu großen Umfang erreichen, eine Auslese im Sinne einer Erhaltung der Tüchtigen bewirken können, haben Kriege von jeher in mehr oder minder großem Ausmaße das Gegenteil bewirkt. Die schwachen Individuen bleiben zu Hause und werden geschont, während gerade die allerkräftigsten zugrunde gehen. Immerhin konnten Kriege, rassenbiologisch betrachtet, in früheren Zeiten in dem Sinne günstig wirken, als weniger tüchtige Volkstämme von kräftigeren und auch geistig überlegenen Völkern überwand und damit für die letzteren neue Lebensmöglichkeiten eröffnet wurden. Der stärkere siegte im Kampfe um das Dasein. Der vergangene Krieg mit seinen entsetzlichen Folgen hat, wenn das überhaupt noch notwendig war, bewiesen, daß das Kriegsgewalt die größte Gefahr für das Fortbestehen aller Völker bedeutet. Kein Land der Welt ist von den Folgen des Krieges verschont geblieben. Weiblich wir bei Deutschland. Das deutsche Volk hat rund zwei Millionen Männer verloren. Besonders in den ersten Jahren des Krieges, als der Bewegungskrieg noch im Gange war, fielen in erster Linie die tüchtigsten Leute. Männer mit Initiative, Leute mit Führertalenten, großer Tapferkeit und großen Idealen führten allen ihren Leuten voran. Die Schwachen blieben zurück. Das ganze Volk wurde schließlich in den Krieg hineingezogen. An der Front standen die körperlich und vielfach auch geistig Tüchtigsten. In der Etappe waren bereits viele Leute in Verwendung, die körperliche Schäden hatten, und in der Heimat blieben im wesentlichen nur Frauen zurück und ferner alle jene Männer, die zu alt waren, um in den Krieg zu ziehen, oder die irgendwelche Gebrechen hatten. Nach wenigen Monaten ist, wenigstens im Westen, der mit früherer Kriegsführung vergleichbare Krieg zu Ende gekommen, und es begann jener fürchterliche Maschinenkrieg, bei dem nicht mehr eine überlegene Führung oder überragende Tapferkeit auf der einen oder andern Seite entschied, vielmehr in der Hauptsache die größte Masse an Waffensystemen, an Munition usw. maßgebend war. Die einzelne Person wurde fast vollständig als Individuum ausgeglichen. Es begann ein ungeheurer grauames Massenmachten. In einer Teilschlacht sind manchmal mehr Menschen getötet und verwundet worden als im ganzen Kriege im Jahre 1870!

Die Folge des Verlustes von zwei Millionen fast durchweg hervorragenden tüchtigen Männern muß sich rassenbiologisch sehr stark bemerkbar machen. Es kommt noch hinzu, daß ein sehr großer Teil der im Kriege Gefallenen im jugendlichen Alter stand. Ein zu st-

wartender blühender Nachwuchs all dieser Männer ist für immer ausgeschlossen. Betrachten wir die Ueberlebenden. Ein gewaltiges Heer von Verwundeten aller Art drückt das Niveau der Rassenfähigkeit ohne Zweifel erheblich herab. Man hat sich allgemein daran gewöhnt, nur diejenigen als Kriegsbesehädigte anzusehen, die körperliche Schäden davongetragen haben. Man übersieht, daß ihre Zahl ungeheuer viel größer ist. Es kommen alle diejenigen hinzu, die in irgendeiner Weise funktionell gelitten haben. Dahin gehören alle jene, die im Krieg verwundet worden sind, alle jene, die ihre Existenz verloren haben und daher unter schweren seelischen Depressionen leiden. Ferner sind hierher alle jene zu rechnen, die infolge der mangelhaften Ernährung heruntergekommen sind. Der gewaltige Schaden, der in dieser Beziehung rassenbiologisch hervorgerufen worden ist, läßt sich nicht mit Zahlen abschätzen. Wir wissen zwar aus vielen Beobachtungen, daß vor allen Dingen auch die Jugend viel häufiger an Tuberkulose erkrankt, als das früher der Fall gewesen ist. Man geht wohl nicht fehl, wenn man behauptet, daß heute etwa drei- bis viermal soviel Kinder an Tuberkulose leiden, wie in früheren Zeiten. Die starke Unterernährung, die sich namentlich auch bei Kindern geltend macht, muß rassenbiologisch sich auswirken. Es wächst eine Jugend heran, die den wahren Freund des deutschen Volkes mit Sorge erfüllt. Es ist wohl in ganz Deutschland überall etwa die Hälfte aller Schulkinder als unterernährt zu betrachten. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß etwa 600 000 Kinder infolge mangelhafter Ernährung direkt in ihrem Leben gefährdet sind!

Vom rassenbiologischen Standpunkt aus ist noch eine ganze Reihe von Kriegsfolgen vorhanden, die erst mit der Zeit ihre Wirkungen im ganzen Umfange zeigen werden. Dahin gehört in erster Linie die ungewöhnlich rasch ansteigende Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten aller Art. Es wirkt erschütternd, wenn man Berichte liest, in denen angegeben wird, daß bereits 14- bis 15jährige Knaben als geschlechtskrank eingeliefert werden. Die Geschlechtskrankheiten haben bekanntlich nicht nur für das betroffene Individuum schwere Folgen, sie können vielmehr für die Nachkommenschaft von allerhöchster Bedeutung werden. Ein erheblicher Teil der an Gonorrhoe Leidenden wird fortplantungsunfähig. Am gravamsten wirkt sich die Syphilis aus. Wie bekannt, sind die Tabes dorsalis (Rückenmarkserkrankung) und Paralyse (Hirnerkrankung) typische Folgeerscheinungen der erwähnten Geschlechtskrankheit. In einer Zeit, wo die gesamten noch vorhandenen Kräfte zusammengesetzt werden sollten, um das Volk wieder in die Höhe zu führen, mehrten sich die Gelegenheiten wie Sand am Meer, die Geschlechtskrankheiten zu verbreiten. Für den Staat erwächst in Zukunft aus der Zunahme der Geschlechtskrankheiten eine ungeheure Last. Die Zunahme der Paralyse usw. bedingt eine gewaltige Belastung der Neuroklinikern usw.

In engstem Zusammenhang mit dem Kriege stehen die gesamten Erschütterungen, die das deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen lassen. Fünf Jahre lang war das gesamte Volk aufbauender, positiver Arbeit entzogen, und jahrelang haben Millionen von Männern nur Zerstörungen vor Augen gehabt. Es ist begreiflich, daß unter dem Kriege als Lehrmeister nicht Leute hervorgehen konnten, die bereit waren, unverzüglich wieder in allgewohnter Weise positiver Arbeit nachzugehen. In vielen Leuten wirkt die Ungebundenheit des Krieges nach. Sie läßt sich nicht so leicht ausmerzen. Rassenbiologisch ist auch von größter Bedeutung, daß das ganze so sorgsam aufgebaute wirtschaftliche Leben mehr oder weniger vernichtet worden ist. Es wird Jahrzehnte brauchen, bis wieder jeder einzelne im deutschen Volk ein gesichertes Dasein haben wird.

Rassenbiologisch kann nicht genug auch die Lockerung der Familienbände durch den Krieg hervorgehoben werden. Die Jugend ist sich vielfach ganz sich selbst überlassen. Es fehlt überall die Ordnung.

Diese wenigen Hinweise, die nur andeuten können, welche gewaltige Folgen der Krieg in rassenbiologischer Bedeutung für das gesamte Volk gehabt hat und noch weiter hat, mögen zeigen, wie notwendig es ist, daß alle Hebel eingesetzt werden, um dem weiteren Niedergang Einhalt zu tun. Während ungeschulte Familien im Ueberflusse leben und prassen, müssen im Deutschen Reich schwangere und stillende Frauen die so notwendige Milch entbehren. Anstatt alle Mittel, die verfügbar sind, zusammenzupacken, um wertvolle Nahrungsmittel zu kaufen, hat man es zugelassen, daß Milliarden ausgegeben wurden, um Seide, Tabak, Alkohol und Schokolade in gewaltigen Massen herbeizulassen. Hätte man für diese Unsummen wertvolle Nahrungsmittel gekauft, dann hätte man viele Schäden, die sich jetzt immer mehr bemerkbar machen, verhindern können. Das neutrale Ausland und auch Wohlhüter in Amerika und England bemühen sich unangenehm, den hungernden Völkern beizuspringen. Sie allein können den gewaltigen Schaden, den die Blockade angerichtet hat, nicht ausgleichen. Sie vermögen aber auch nicht in kleinem Maßstabe durchgreifend zu helfen, wenn nicht vom deutschen Volke fester mit aller Energie zugegriffen wird. Immer wieder sollen Flüge mit stark unterernährten deutschen Kindern nach der Schweiz, nach Holland usw. Diese Kinder können gut ernährt zurück. Da sie aber zu Hause keine weitere Versorgung antreffen, geht die Gewichtszunahme bald wieder zurück. Es wäre Ehrenpflicht des deutschen Volkes, ankant zu tanzen, die Autos zu kirmen und sonstige Luftballons zu besetzen, jeden Pfennig für diese Kinder herzugeben. Die letztendliche Festlegung, daß der Erfolg des Ueberhaltens im neutralen Ausland nicht immer anhält, bewirkt, daß die Hilfe des Auslandes mehr und mehr erlahmt.



